

München, 10.04.2016

Pfaffmann fordert Aufenthaltsperspektive für gut integrierte Asylbewerber

Fraktionsvize: Gelungene, nachhaltige Integration honorieren, nicht konterkarieren

Nachhaltig integrierte Asylbewerber, denen die Abschiebung droht, sollen nach Ansicht von SPD-Fraktionsvize **Hans-Ulrich Pfaffmann** im Rahmen einer Sonderregelung ein Aufenthaltsrecht zuerkannt bekommen: "Menschen, die seit Jahren hier leben und arbeiten, abzuschieben, ist sowohl aus humanitärer, aber auch aus wirtschaftlicher Sicht falsch."

So stelle eine drohende Ausweisung nicht nur für die Betroffenen und deren Familien eine Belastung dar, sondern auch für ihr soziales Umfeld und nicht zuletzt für ihre Arbeitgeber. Der Wegfall gut eingearbeiteter Arbeitnehmer richte signifikanten wirtschaftlichen Schaden an, gibt Pfaffmann zu bedenken. Darüber hinaus widerspräche ein solches Vorgehen den Integrationsbemühungen Bayerns und dem Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und Verbände.

Begünstigt werden sollen Asylbewerber und Geduldete, die bereits länger in Deutschland leben, die deutsche Sprache beherrschen, erfolgreich in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integriert und nicht straffällig geworden sind. Sie sollen einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland erhalten, gleichgültig aus welchem Herkunftsland sie kommen und über welches Drittland sie eingereist sind.

Eine derartige Sonderregelung würde zudem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entlasten, das massiv mit einem Bearbeitungsstau belastet ist, erklärt Pfaffmann: "Dadurch würden Altfälle abgebaut und dringend benötigte personelle Kapazitäten für die Bewältigung der aktuellen und künftigen Anträge von Asylbewerbern und Flüchtlingen im BAMF frei gemacht werden."